

16853/14

(OR. en)

PRESSE 647  
PR CO 70

## ERGEBNISSE DER RATSTAGUNG

3358. Tagung des Rates

### Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Brüssel, 12. Dezember 2014

Präsidenten **Stefania Giannini**  
Ministerin für Bildung  
**Luigi Bobba**  
Staatssekretär für Arbeit und Sozialpolitik

# P R E S S E

---

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026  
[press.office@consilium.europa.eu](mailto:press.office@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/press>

16853/14

1  
DE

## Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

### **BILDUNG**

#### **Unternehmergeist in der allgemeinen und beruflichen Bildung**

Der Rat hat Schlussfolgerungen zum Unternehmergeist in der allgemeinen und beruflichen Bildung angenommen, in denen im Einklang mit der Forderung des Europäischen Rates vom Juni 2014, "ein Klima des Unternehmergeistes und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern", die Bedeutung sowohl der Entwicklung von unternehmerischen Fähigkeiten ab einem frühen Alter als auch der Zusammenarbeit zwischen dem Bildungssystem und der Arbeitswelt hervorgehoben wird. Unternehmergeist und Bildung sind ebenfalls Prioritäten der Strategie Europa 2020.

#### **Die wirtschaftliche Bedeutung von Bildung und Ausbildung**

Im Zusammenhang mit der Halbzeitüberprüfung der Strategie Europa 2020 haben die Minister für Bildung und die Minister für Arbeit Italiens, Lettlands und Luxemburgs eine öffentliche Aussprache über das Thema "Die wirtschaftliche Bedeutung von Bildung und Ausbildung" geführt.

Die Präsidentin des Rates, Ministerin Stefania Giannini, erklärte: *"Der italienische Vorsitz hat erneut die entscheidende Rolle der Bildung bei der Förderung von Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen bekräftigt. Zur Erreichung dieses Ziels haben die heutigen Schlussfolgerungen des Rates zum Unternehmergeist in der Bildung sowie die Aussprache über den Mehrwert langfristiger Investitionen in eine hochwertige allgemeine und berufliche Bildung und die Beratungen darüber, wie die internationale Mobilität durch strukturierte, in den Lernplan eingebundene Mobilitätserfahrungen verbessert werden kann, wichtige Meilensteine gelegt."*

#### **Haushalt**

Der Rat hat ferner ohne Aussprache die politische Einigung bezüglich des EU-Haushaltsplans für

- <sup>1</sup>
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
  - Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
  - Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch \* gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

2015 und der noch unerledigten Entwürfe von Berichtigungshaushaltsplänen für 2014 bestätigt.

## **JUGEND**

### **Zugang junger Menschen zu ihren Rechten**

Der Rat hat Schlussfolgerungen zur Förderung des Zugangs junger Menschen zu ihren Rechten angenommen, um ihre Autonomie und ihre Teilhabe an der Zivilgesellschaft zu begünstigen. In diesen Schlussfolgerungen wird auf die Herausforderungen eingegangen, mit denen jene Generation junger Menschen konfrontiert ist, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden muss, und insbesondere auf die Schwierigkeiten junger Menschen, zu autonomen Erwachsenen heranzuwachsen, die sich kritisch und aktiv am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben ihrer Gemeinschaften beteiligen. Der italienische Staatssekretär für Arbeit und Sozialpolitik, Luigi Bobba, hat angemerkt, dass *"die Schlussfolgerungen die Mitgliedsstaaten dazu auffordern, ein breites Spektrum an Instrumenten und Maßnahmen zur Beseitigung der Hindernisse einzuführen, die junge Menschen davon abhalten, ein autonomes Leben zu führen."*

### **Sozioökonomische Herausforderungen in der Jugendpolitik**

In einer öffentlichen Sitzung haben die Minister ferner einen bereichsübergreifenden Ansatz für die Jugendpolitik als Instrument zur besseren Bewältigung sozioökonomischer Herausforderungen in diesem Bereich erörtert. Die bereichsübergreifende politische Zusammenarbeit ist ebenfalls eine wichtige Priorität des neu angenommenen Arbeitsplans der Europäischen Union für die Jugend. Staatssekretär Luigi Bobba erklärte: *"Die Aussprache hat bekräftigt, dass der bereichsübergreifende Ansatz sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene der richtige Weg ist, um eine konkretere und effizientere Jugendpolitik zu gewährleisten"*.

## INHALT<sup>1</sup>

**TEILNEHMER** ..... Error! Bookmark not defined.

### **ERÖRTERTE PUNKTE**

<b>BILDUNG</b> .....	7
Unternehmergeist in der allgemeinen und beruflichen Bildung .....	7
Die wirtschaftliche Bedeutung von Bildung und Ausbildung .....	8
Sonstiges .....	10
– Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes.....	10
<b>JUGEND</b> .....	10
Zugang junger Menschen zu ihren Rechten.....	10
Sozioökonomische Herausforderungen in der Jugendpolitik .....	11
Sonstiges .....	12
– EU-Jugenddemokratieprojekt.....	12
– Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes.....	12

### **SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**

#### *HAUSHALT*

- Billigung des EU Haushaltsplans 2015 und der Entwürfe von Berichtigungshaushaltsplänen 2014..... 13

#### *WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

- Bankensanierung und -abwicklung: Abgaben .....

#### *AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN*

- Restriktive Maßnahmen – Syrien .....

#### *TRANSPARENZ*

- Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten .....

---

<sup>1</sup>

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch \* gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

**TEILNEHMER****Belgien:**

Isabelle WEYKMANS

Olivier BELLE

Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur,  
Beschäftigung und Tourismus  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters**Bulgarien:**

Todor TANEV

Minister für Bildung

**Tschechische Republik:**

Marcel CHLÁDEK

Minister für Bildung, Jugend und Sport

**Dänemark:**

Christine ANTORINI

Ole TOFT

Ministerin für Bildung  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters**Deutschland:**

Georg SCHÜTTE

Ralf KLEINDIEK

Staatssekretär, Bundesministerium für Bildung und  
Forschung  
Staatssekretär, Bundesministerium für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend**Estland:**

Clyde KULL

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Irland:**

Jan O'SULLIVAN

James REILLY

Minister für Bildung  
Minister für Kinder- und Jugendfragen**Griechenland:**

Andreas LOVERDOS

Gergios GEORGANTAS

Minister für Bildung und Glaubensgemeinschaften  
Generalsekretär für Bildung und Glaubensgemeinschaften**Spanien:**

José Pascual MARCO MARTINEZ

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Frankreich:**

Geneviève FIORASO

Alexis DUTERTRE

Staatssekretärin für Hochschulen und Forschung  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters**Kroatien:**

Vedran MORNAR

Goran ŠTEFANIĆ

Minister für Wissenschaft, Bildung und Sport  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters**Italien:**

Stefania GIANNINI

Luigi BOBBA

Giuliano POLETTI

Ministerin für Bildung, Hochschulen und Forschung  
Staatssekretär für Arbeit und Sozialpolitik  
Minister für Arbeit und Sozialpolitik**Zypern:**

Maria HADJITHEODOSIOU

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

**Lettland:**

Māriņa SEILE

Uldis AUGULIS

Ministerin für Bildung und Wissenschaft  
Minister für Wohlfahrt**Litauen:**

Dainius PAVALKIS

Albinas ZANANAVIČIUS

Minister für Bildung und Wissenschaft  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters**Luxemburg:**

Claude MEISCH

Nicolas SCHMIT

Minister für Bildung, Kinder und Jugendliche  
Minister für Arbeit, Beschäftigung und Sozial- und  
Solidarwirtschaft**Ungarn:**

László PALKOVICS

Staatssekretär für Hochschulbildung, Ministerium für  
Humanressourcen**Malta:**

Neil KERR

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

16853/14

**Niederlande:**

Jet BUSSEMAKER

Ministerin für Bildung, Kultur und Wissenschaft

**Österreich:**

Gabriele HEINISCH-HOSEK

Gregor SCHUSTERSCHITZ

Bundesministerin für Bildung und Frauen  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Polen:**

Ewa DUDEK

Unterstaatssekretärin, Ministerium für Bildung

**Portugal:**

Nuno CRATO

Emídio GUERREIRO

Minister für Bildung und Wissenschaft  
Staatssekretär für Sport und Jugend

**Rumänien:**

Cristian COSMIN

Cristian BADESCU

Staatssekretär, Ministerium für Jugend und Sport  
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Slowenien:**

Stanka SETNIKAR CANKAR

Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Sport

**Slowakei:**

Alexander MICOVČIN

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

**Finnland:**

Marianne HUUSKO-LAMPONEN

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

**Schweden:**

Aida HADZIALIC

Gustav FRIDOLIN

Ministerin für gymnasiale Bildung und Weiterbildung  
Minister für Bildung

**Vereinigtes Königreich:**

Angela CONSTANCE

Shan MORGAN

Schottische Kabinettsministerin für Aus- und  
Weiterbildung, Jugend und die Beschäftigung von Frauen  
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

**Kommission:**

Tibor NAVRACSICS

Mitglied

## ERÖRTERTE PUNKTE

### BILDUNG

#### **Unternehmergeist in der allgemeinen und beruflichen Bildung**

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 hat der Rat Schlussfolgerungen zum Unternehmergeist in der allgemeinen und beruflichen Bildung angenommen ([14402/14](#)), in denen im Einklang mit der Forderung des Europäischen Rates vom Juni 2014, "ein Klima des Unternehmergeistes und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern"<sup>1</sup>, die Bedeutung sowohl der Entwicklung von unternehmerischen Fähigkeiten ab einem frühen Alter als auch der Zusammenarbeit zwischen dem Bildungssystem und der Arbeitswelt hervorgehoben wird.

Die Mitgliedsstaaten werden in den Schlussforderungen ersucht, die Möglichkeiten, die Erasmus+ bei der Unterstützung von Bildung für unternehmerisches Denken bietet, vollständig auszunutzen, insbesondere durch Wissensallianzen für die Hochschulbildung und Allianzen für branchenspezifische Fertigkeiten für die berufliche Aus- und Weiterbildung<sup>2</sup>, aber auch durch die bestmögliche Nutzung anderer europäischer Ressourcen, wie des Europäischen Sozialfonds.

Das Unternehmertum erfordert zwar ein Verständnis der Wirtschaft und der Funktionsweise von Unternehmen, doch ebenso von Bedeutung ist das breite Spektrum interdisziplinärer Fähigkeiten und Kompetenzen (wie Eigeninitiative, Risikobereitschaft, kritisches und kreatives Denkvermögen, Organisationstalent, Führungsqualitäten und die Fähigkeit der Kommunikation und Überzeugungskraft), welche den Lernenden schrittweise und kontinuierlich auf allen Ebenen durch Bildungsinstitutionen, soweit möglich auch lehrplanübergreifend, vermittelt werden sollten.

Mehrere Mitgliedsstaaten haben kurz ihre nationalen Erfahrungen in diesem Bereich vorgestellt. Sie haben die Notwendigkeit einer Vereinfachung des Zugangs zu finanziellen Mitteln und der Reduzierung von bürokratischem Aufwand für Jungunternehmer, im Sinne einer Ermutigung zu Risikobereitschaft und der Entwicklung maßgeschneiderter Konzepte, hervorgehoben.

Das Kommissionsmitglied Navracsics erklärte, dass die Kommission nachdrücklich dafür eintritt, den Unternehmergeist in der Bildung zu entwickeln, wobei er darauf hinwies, dass kleine und mittlere Unternehmen das Fundament der europäischen Wirtschaft bilden. Er machte auf zwei neue Instrumente aufmerksam, die die Kommission auf diesem Gebiet entwickelt hat: zum einen das Instrument HEInnovate (<https://heinnovate.eu/intranet/main/index.php>), das von Hochschuleinrichtungen sehr gut aufgenommen wurde, und zum anderen das Instrument Entrepreneurship360, das im nächsten Jahr in Schulen und Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung eingeführt werden soll.

<sup>1</sup> [EUCO 79/14](#), S. 15.

<sup>2</sup> [https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/funding/knowledge-alliances-sector-skills-alliances-eacs1113\\_en](https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/funding/knowledge-alliances-sector-skills-alliances-eacs1113_en)

## Die wirtschaftliche Bedeutung von Bildung und Ausbildung

Im Zusammenhang mit der Halbzeitüberprüfung der Strategie Europa 2020 haben die Minister eine öffentliche Aussprache über das Thema "Die wirtschaftliche Bedeutung von Bildung und Ausbildung" geführt. Die für Beschäftigung zuständigen Minister des derzeitigen Dreivorsitzes nahmen ebenfalls an der Aussprache teil, die den Beitrag des Bildungssektors zum zusammenfassenden Bericht über die Überprüfung der Strategie Europa 2020 darstellt, der im Dezember dem Europäischen Rat übermittelt werden soll.

Der Vorsitz informierte den Rat über die Beratungen, die am Tag zuvor im Rat "Beschäftigung" zum Thema "Beschäftigungsinitiative für junge Menschen" geführt worden waren. Ferner unterstrich der Minister, dass diese Aussprache zu einem entscheidenden Zeitpunkt stattfindet, da die strategische Ausrichtung der politischen Agenda der EU neu definiert wird.

Die Minister für Arbeit Italiens, Lettlands und Luxemburgs begrüßten die Initiative des Vorsitzes, sie zur Teilnahme einzuladen, da dies die Bedeutung eines bereichsübergreifenden Ansatzes zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstumspotentials Europas – auf der Grundlage strategischer Investitionen in die Bildung – hervorhebt.

Ferner forderten sie zu einer schnellen und effizienten Umsetzung der Jugendgarantie auf, insbesondere um zur Senkung der Schulabbrecherquote und der hohen Rate an NEET-Jugendlichen beizutragen.

Des Weiteren begrüßte das Kommissionsmitglied Navracsics die abgestimmte Zusammenarbeit mit dem Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) und hoffte, dass diese Art der Zusammenarbeit fortgesetzt werden könne.

Er bekräftigte, dass Bildung eine der obersten Prioritäten der neuen Kommission sei, und bedauerte, dass viele Mitgliedsstaaten ihren Bildungshaushalt im Jahr 2012 gekürzt haben, zeigte jedoch auch Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme, denen sich einige von ihnen gegenübergestellt sehen. Er forderte die Mitgliedsstaaten auf, Investitionen in diesem Bereich Vorrang einzuräumen, da sich Bildung mittel- und langfristig immer bezahlt mache.

Die Kommission betonte auch, dass zwei der Kernziele der Strategie für Bildung auf gutem Wege sind, bis zum Jahre 2020 verwirklicht zu werden, wenngleich zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bestehen:

- Anteil der Schulabbrecher (12% im Jahr 2013, 10% im Jahr 2020)
- Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem Hochschulabschluss oder einem gleichwertigen Bildungsabschluss (36,9% im Jahr 2013, 40% im Jahr 2020)



Er räumte ein, dass Bildung nicht nur als Einstiegsmittel in den Arbeitsmarkt dienen soll, sondern dass angesichts der besorgniserregend hohen Arbeitslosenquote ein reibungsloser Übergang zwischen den beiden gewährleistet werden muss.

Während der Aussprache unterstrichen die Minister, welche entscheidende Rolle die Bildung für den Erfolg der Strategie Europa 2020 bereits gespielt hat und auch weiterhin spielen wird, da eine hochwertige Bildung und die Entwicklung von Kompetenzen Voraussetzungen für Wachstum, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen sind, die in Europa benötigt werden.

Einige Mitgliedstaaten wiesen jedoch darauf hin, dass Bildung einen Eigenwert hat und nicht nur als Mittel angesehen werden sollte, um eine Beschäftigung zu finden, sondern auch als Grundlage für die persönliche Entwicklung, Bürgersinn und soziale Inklusion.

Folgende wichtige Themen wurden hervorgehoben:

- die zwei Kernziele für Bildung sollten insbesondere im Zusammenhang mit der Senkung der Schulabbrecherquote beibehalten werden
- Grundkompetenzen sollten verbessert, die berufliche Ausbildung ansprechender gemacht sowie die Erwachsenenbildung und der zweite Bildungsweg gefördert werden
- nachhaltige Investitionen sind erforderlich, wobei es jedoch von zentraler Bedeutung ist, die Ressourcen effizient zuzuteilen
- es sollten Anstrengungen unternommen werden, um Online-Instrumente für Bildung zu entwickeln und deren Verfügbarkeit zu erhöhen und das digitale Lernen zu fördern
- um zu verhindern, dass sich die Kluft zwischen der Lehrplanentwicklung und den sich schnell wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes, des Innovationsektors und der Gesellschaft vergrößert, müssen die Verbindungen zwischen Arbeitswelt und Bildungswelt – sowohl im sekundären als auch im tertiären Bereich – verstärkt werden
- ein umfassendes Konzept zur allgemeinen und beruflichen Bildung, das alle Bildungsebenen – von der frühen Kindheit bis hin zur Hochschulbildung, beruflichen Aus- und Weiterbildung und Erwachsenenbildung – abdeckt, sollte beibehalten werden

## Sonstiges

### – *Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes*

Die lettische Delegation hat ihre Prioritäten für das nächste Halbjahr vorgestellt:

- Halbzeitüberprüfung des strategischen Rahmens **ET 2020** und Vorbereitung des gemeinsamen Berichts 2015
- Stärkung der Verbindungen zwischen der Strategie Europa 2020 und des strategischen Rahmens **ET 2020**
- Vorbereitung der Bologna-Ministerkonferenz im Mai in Eriwan, Armenien
- Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen

## JUGEND

Vor dem Beginn der Beratungen über die formalen Punkte der Tagesordnung informierte der Staatssekretär Luigi Bobba die Minister über die Ergebnisse des informellen Forums mit den Jugendvertretern (der "Strukturierte Dialog"), bei dem auf **Freiwilligentätigkeiten und Bürgerdienst** eingegangen wurde. In diesem Zusammenhang hat der Vorsitz sein Projekt zur Schaffung eines Bürgerdienstes hervorgehoben, das die verschiedenen Verfahren innerhalb der Mitgliedsstaaten berücksichtigt und darauf abzielt die Grundlagen der europäischen Bürgerschaft zu verbreitern und die Teilnahme junger Menschen an demokratischen Prozessen zu verstärken.

### **Zugang junger Menschen zu ihren Rechten**

Der Rat hat Schlussfolgerungen zur Förderung des Zugangs junger Menschen zu ihren Rechten angenommen, um ihre Autonomie und ihre Teilhabe an der Zivilgesellschaft zu begünstigen ([15613/14](#)). In diesen Schlussfolgerungen wird auf die Herausforderungen eingegangen, mit denen jene Generation junger Menschen konfrontiert ist, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden muss, und insbesondere auf die Schwierigkeiten junger Menschen, zu autonomen Erwachsenen heranzuwachsen, die sich kritisch und aktiv am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben ihrer Gemeinschaften beteiligen.

In den Schlussfolgerungen wird anerkannt, dass aufgrund des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren, die durch die Wirtschaftskrise bedingt sind, wie der begrenzte Zugang zu Krediten, Einkommenseinbußen und größere Unsicherheit der Arbeitsplätze, oft ohne Zusicherung angemessener Sozialmaßnahmen, es für junge Menschen schwieriger wird, autonom zu werden.

Ferner heben sie hervor, dass es notwendig ist, Strategien und politische Maßnahmen zu entwickeln, die nicht nur den Übergang von der Schule zur Arbeit erleichtern, sondern die auch in verwandten Bereichen, wie Zugang zu Krediten, Wohnraumversorgung, Gesundheitsversorgung und Zugang zu Dienstleistungen sowie Bildung, zum Tragen kommen, um die notwendigen Instrumente bereitzustellen, die jungen Menschen dabei helfen, Fortschritte in Autonomie und Bürgerschaft zu erzielen.

### **Sozioökonomische Herausforderungen in der Jugendpolitik**

Im Anschluss an die Schlussfolgerungen haben die Minister ferner einen bereichsübergreifenden Ansatz für die Jugendpolitik als Instrument zur besseren Bewältigung sozioökonomischer Herausforderungen in diesem Bereich erörtert. Die bereichsübergreifende politische Zusammenarbeit ist ebenfalls eine wichtige Priorität des kürzlich angenommenen Arbeitsplans der Europäischen Union für die Jugend<sup>1</sup>.

Die Minister räumten ein, dass trotz der hohen politischen Priorität, die der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer Folgen auf nationaler und EU-Ebene zukommt, die Jugendpolitik keine ausreichenden Beiträge zur Arbeit in anderen Bereichen geleistet hat. Außerdem arbeiten die verschiedenen Politikbereiche, die für die Verbesserung der Perspektiven junger Menschen von entscheidender Bedeutung sind — Beschäftigung, Bildung, Sozialdienste und Gesundheit —, nicht immer in der effizientesten Weise zusammen.

Die Minister hoben die Bedeutung der Maßnahmen hervor, die auf eine bessere Integration junger Menschen durch Bildungs-, Weiterbildungs- und gemeinschaftsfördernde Aktivitäten zielen und die Möglichkeiten zum Sammeln von Erfahrungen und Gelegenheiten für praktisches Lernen bieten, die das Leben, die Kenntnisse und die Qualifikationen junger Menschen verbessern

Die Mitgliedsstaaten haben bereits mehrere Projekte und Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der sozialen Ausgrenzung eingeleitet oder sind dabei, sie zu entwickeln.

Folgende wichtige Themen wurden bei der Aussprache hervorgehoben:

- die interdisziplinären Fähigkeiten junger Menschen müssen durch nichtformales und informelles Lernen sowie durch bürgerschaftliches Engagement verbessert werden
- die Möglichkeiten, die durch europäische Finanzmittel und Programme, wie insbesondere Erasmus+ und die Jugendgarantie, geboten werden, sollten umfassend sondiert werden

---

<sup>1</sup> ABL C 183 von 2014 (2006/C 65/02)

- es ist von wesentlicher Bedeutung, die jungen Menschen selbst mit einzubeziehen, besonders die NEET-Jugendlichen, um die Gestaltung der Jugendpolitik in allen Bereichen zu verbessern und maßgeschneiderte Konzepte umzusetzen
- Zusammenarbeit und Synergien zwischen lokalen, nationalen und europäischen Behörden in allen jugendbezogenen Bereichen müssen verbessert werden
- der regelmäßige Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedsstaaten sollte gesteigert werden

## Sonstiges

### – *EU-Jugenddemokratieprojekt*

Der Rat nahm die Informationen der deutschen Delegation bezüglich des Projekts "Young Europe - Rethinking Democracy" zur Kenntnis ([16189/14](#)). Im Rahmen des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer unternahmen 120 junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren aus allen 28 EU-Mitgliedsstaaten eine fünftägige Zugreise von Berlin nach Wien und zurück, um über die Identitätskrise junger Menschen in und im Zusammenhang mit Europa zu diskutieren. Zum Abschluss des Projekts, das von Deutschland und durch Erasmus+ finanziert wurde, wurde eine Erklärung abgegeben.

### – *Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes*

Die lettische Delegation hat ihre Hauptprioritäten für das nächste Halbjahr vorgestellt

- Durchführung des EU-Arbeitsplans für die Jugend
- Beitrag der Jugendpolitik zur Strategie Europa 2020.

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE****HAUSHALT****Billigung des EU Haushaltsplans 2015 und der Entwürfe von Berichtigungshaushaltsplänen 2014**

Der Rat hat die politische Einigung bezüglich des EU Haushaltsplans 2015 und der noch unerledigten Entwürfe von Berichtigungshaushaltsplänen 2014 bestätigt.

Die Einigung mit dem Europäischen Parlament umfasst folgende Punkte:

- den EU-Haushaltsplan für 2015, wobei sich die Mittel für Zahlungen auf 142,2 Mrd. € und die Mittel für Verpflichtungen auf 145,3 Mrd. € belaufen; die britische Delegation hat sich der Stimme enthalten
- den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2014, der 3,5 Mrd. € an zusätzlichen Mitteln für Zahlungen im Haushaltsplan 2014 vorsieht; zur Finanzierung wurden 3,2 Mrd. € des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben und 361 Mio. € des Spielraums unterhalb der Obergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 genutzt; mit diesem Berichtigungshaushaltsplanentwurf werden auch zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,6 Mrd. € die aus Geldbußen stammen, eingestellt; die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich haben dagegen gestimmt
- den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2014 in der durch das entsprechende Berichtigungsschreiben geänderten Fassung, mit dem zusätzliche, hauptsächlich aus Geldbußen stammende Einnahmen in Höhe von 2,4 Mrd. € in den Haushaltsplan 2014 eingestellt werden
- den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2014, mit dem 47 Mio. € an Mitteln für Verpflichtungen aus dem EU-Solidaritätsfonds 2014 für Schäden durch Überschwemmungen in Italien (16,3 Mio. €), ein Erdbeben in Griechenland (3,7 Mio. €) sowie Eisstürme in Slowenien (18,4 Mio. €) und Kroatien (8,6 Mio. €) bereitgestellt werden; die britische Delegation hat sich der Stimme enthalten
- den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2014 in der durch das entsprechende Berichtigungsschreiben geänderten Fassung, mit dem Mittel in Höhe von 4,5 Mrd. € in den Haushaltsplan 2014 eingestellt werden, die sich aus einer überarbeiteten Vorausschätzung der Einnahmen der EU ergeben und durch die die BNE-Beiträge entsprechend sinken; die britische Delegation hat sich der Stimme enthalten
- den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7/2014, mit dem 79,7 Mio. € an Mitteln für Verpflichtungen im Jahr 2014 aus dem EU-Solidaritätsfonds für Schäden durch Überschwemmungen in Serbien (60,2 Mio. €), Bulgarien (10,5 Mio. €) und Kroatien (9 Mio. €) bereitgestellt werden; die britische Delegation hat sich der Stimme enthalten
- den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2014, mit dem der Finanzierungsüberschuss des Jahres 2013 in Höhe von 1,01 Mrd. € in den Haushaltsplan 2014 eingestellt wird; die britische Delegation hat sich der Stimme enthalten.

Das Europäische Parlament wird die genannten Punkte voraussichtlich am 17. Dezember förmlich billigen.

- [Übersicht über die Einzelheiten der Einigung](#)
- [Weitere Einzelheiten](#)
- [Mitteilung an die Presse vom 9. Dezember 2014 mit detaillierten Angaben zu der Einigung](#)

## **WIRTSCHAFT UND FINANZEN**

### **Bankensanierung und -abwicklung: Abgaben**

Der Rat hat beschlossen, den Erlass einer Verordnung – durch die Kommission – zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU über die Sanierung und Abwicklung von Banken hinsichtlich der Methode zur Berechnung der im Voraus erhobenen Beiträge, die Banken zu Abwicklungsfinanzierungsmechanismen leisten müssen, nicht abzulehnen ([14545/14](#) + [14545/14 ADD1](#) + [14545/14 ADD2](#) + [14545/14 ADD3](#) + [14545/14 ADD4](#) + [14545/14 ADD5](#)).

Bei der Verordnung handelt es sich um einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Die Verordnung kann in Kraft treten, sofern das Europäische Parlament keine Einwände geltend macht.

Die Banken werden verpflichtet, jährliche Beiträge zu nationalen Abwicklungsfonds zu leisten. Die Beiträge werden auf der Grundlage der Verbindlichkeiten der Banken (ohne Eigenmittel) abzüglich gedeckter Einlagen berechnet und risikoadjustiert. In dem delegierten Rechtsakt werden genaue Bestimmungen zur Risikoberechnung sowie zum Verhältnis zwischen dem Pauschalbeitrag (den alle Banken zahlen müssen) und dem risikoadjustierten Beitrag, das zwischen 0,8 und 1,5 variiert, festgelegt.

Der Rat erzielte am 9. Dezember ebenfalls eine politische Einigung über eine Durchführungsverordnung, mit der die von den Banken an den einheitlichen Bankenabwicklungsfonds der EU abzuführenden Beiträge festgesetzt werden (siehe [16645/14](#)).

## **AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**

### **Restriktive Maßnahmen – Syrien**

Der Rat hat die Ausfuhr von Flugturbinenkraftstoff und Additiven dazu an bzw. nach Syrien verboten, da diese Güter für wahllose Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung verwendet werden. Damit wird die politische Einigung, die der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) am 20. Oktober erzielt hat, rechtswirksam.

**TRANSPARENZ**

**Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten**

Der Rat billigte am 12. Dezember 2014 Folgendes:

- die Antwort auf den Zweitantrag Nr. 32/c/01/14 ([15354/14](#))
-